Bundesverband eMobilität

Brief an Sigmar Gabriel

[07.04.2014] Energie- und Mobilitätswende müssen gemeinsam gedacht und angepackt werden. Das ist eine Forderung im offenen Brief des Bundesverbands eMobilität. Demnach hält der Verkehrssektor unter anderem wesentliche Lösungen bereit, die bislang zu wenig Beachtung finden.

In einem offenen Brief an Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel (SPD) macht der Bundesverband eMobilität auf die Bedeutung des Verkehrssektors bei der Energiewende aufmerksam. Der Verkehrssektor habe in Deutschland einen Anteil am Endenergieverbrauch von etwa 30 Prozent. Auch der Anteil des Verkehrs am CO2-Ausstoß sei mit circa 20 Prozent erheblich. „Berücksichtigt man zudem die seit Jahren steigende Verkehrsleistung, so machen die Zahlen deutlich: Ohne den Verkehrssektor geht es nicht – Energie- und Mobilitätswende müssen gemeinsam gedacht und angepackt werden." Der Verband fordert zum einen eine Reduzierung des Kraftstoffverbrauchs und der CO2-Emissionen im Verkehr. Elektromobilität auf Basis erneuerbarer Energien könne dazu beitragen, die Abhängigkeit von fossilen Rohstoffen zu verringern. Auch zur Energieautarkie sowie zum Erreichen der Klimaschutzziele der Bundesrepublik könne sie beitragen. „Zum anderen hält der Verkehrssektor auch spannende technische Lösungen für die Energiewende bereit, die bisher zu wenig Beachtung finden", heißt es in dem Schreiben weiter. „So bergen zum Beispiel intelligente Stromnetze in Verbindung mit rückspeisefähigen Elektrofahrzeugen das Potenzial, die Lastspitzen regenerativer Stromerzeugung abzupudern, indem sie als mobile Energiespeicher fungieren." Aktuell vermisse die Branche ein klares Bekenntnis zur Energie- und Mobilitätswende. „Forderungen aus den Reihen der großen Koalition, die umstrittene Fracking-Technik als Alternative zu russischem Gas in Betracht zu ziehen, sind die völlig falsche Antwort auf die Energiefrage. Vielmehr sollte das Ziel sein, so schnell wie möglich unabhängig von fossilen Rohstoffen gleich welcher Herkunft zu werden."

Konkrete Forderungen

Der Bundesverband fordert in dem Schreiben deshalb, dass der Verkehrssektor viel stärker als bislang im Sinne einer ganzheitlichen Lösung in die Energiewende einbezogen wird. Ein geschlossenes, engagiertes Auftreten aller an der Energie- und Mobilitätswende beteiligten Ministerien sei ebenfalls erforderlich. „Leider beobachten wir in der politischen Praxis, dass häufig streng nach Zuständigkeit der Ministerien wichtige Teilaspekte der Mobilitätswende ausgeblendet werden oder Kompetenzgerangel sachdienliche Lösungen verzögert oder gar verhindert", so der Bundesverband.
Da die Finanzierung aus dem Energie- und Klimafonds nicht funktioniere, müssen außerdem die Fördermittel für E-Mobilitätsprojekte wieder aus dem Bundeshaushalt kommen. Eine öffentliche Beschaffungsinitiative, die Bund, Länder und Kommunen bei der Umstellung ihrer Fuhrparks auf saubere Antriebe unterstützt ist eine weitere Forderung in dem Schreiben.
Die jüngst bekannt gewordenen Pläne zur Verabschiedung eines Elektromobilitätsgesetzes sind laut Verbandsangaben grundsätzlich begrüßenswert und ein Schritt in die richtige Richtung. „Nach einer langen Phase des Beinahestillstands im Bereich Elektromobilität drängen wir nun nachdrücklich auf eine schnelle Umsetzung der Pläne, damit den vielfachen Ankündigungen auch endlich sichtbare Taten folgen."

(ve)

Offener Brief: Keine Energiewende ohne Mobilitätswende

Stichwörter: Elektromobilität, Bundesverband eMobilität, Politik